

Council of European Municipalities and Regions  
Conseil des Communes et Régions d'Europe  
Συμβούλιο των Ευρωπαϊκών Δήμων και Περιφερειών  
Consejo de municipios y regiones de Europa  
Consiglio dei comuni e delle regioni d'Europa  
Raad der Europese gemeenten en regio's  
Conselho dos municípios e regiões da Europa

| RGRE | Gereonstraße 18 – 32 | 50670 Köln



Rat der Gemeinden und Regionen Europas | Deutsche Sektion

Datum Juni 2017

Unser Zeichen 81.00.06

Telefon +49 221 3771-0

Durchwahl 3771-3 15

Telefax +49 221 3771-7 315

## RGRE – INFOBRIEF 2 / 2017

Bearbeitet von

Nina Sehovic

### Infobrief

für

### Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen

### in Rat und Verwaltung

---

#### IN EIGENER SACHE

Bitte teilen Sie uns mit, wenn sich Ihre E-Mail-Anschrift ändert.

Schicken Sie uns einfach eine E-Mail an: [infobrief\(at\)rgre.de](mailto:infobrief(at)rgre.de).

Bitte fügen Sie dieser E-Mail auch Ihre Anschrift sowie Ihre Mitgliedsnummer bei.

Wir danken für Ihre Hilfe und wünschen angenehme Lektüre.

Ihr RGRE-Team

*Hinweis: Die im Infobrief aufgeführten Informationen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der genannten Daten können wir allerdings keine Gewähr übernehmen.*



## INHALTSVERZEICHNIS

<b>I. DEUTSCHE SEKTION DES RGRE</b> .....	<b>2</b>
Der RGRE trauert um Dr. Gerhard Gebauer .....	2
Wechsel an der Verbandsspitze: Helmut Dedy wird neuer Generalsekretär .....	2
Kommunale Forderung an die zukünftige Kohäsionspolitik der EU .....	2
Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union .....	3
Erklärung zur Situation in der Türkei .....	3
<b>II. EUROPÄISCHER RGRE (CEMR)</b> .....	<b>4</b>
Positionspapier zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik .....	4
<b>III. EUROPÄISCHE UNION</b> .....	<b>4</b>
Das Europäische Kulturerbejahr 2018 .....	4
Vermittlung der Kohäsionspolitik – Forderung nach mehr Transparenz für Bürger .....	5
Estlands erste EU-Ratspräsidentschaft .....	5
<b>IV. KOMMUNALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT</b> .....	<b>6</b>
Initiative Kommunales Know-how für Nahost .....	6
<b>V. VERÖFFENTLICHUNGEN / ÖFFENTLICHE KONSULTATIONEN</b> .....	<b>7</b>
Literaturempfehlung .....	7
<b>VI. PARTNERSCHAFTSARBEIT</b> .....	<b>7</b>
Partnerschaftsgesuche .....	7
... aus Palästina .....	7
... aus der Ukraine .....	10
<b>VII. VERANSTALTUNGEN/WETTBEWERBE/SONSTIGES</b> .....	<b>11</b>
Young Europeans Award 2017/2018 .....	11
Deutsch-Französisches Institut: Studie „Europa der Städte - Realität und Potential" .....	12
Städtepartnerkonferenz „Polen und Deutschland - Gemeinsam für ein starkes Europa" .....	12
Deutsch-Russisches Jahr der kommunalen und regionalen Partnerschaften 2017/2018 .....	13
Deutsch-Französische Jahrestagung zum Thema Migration und Integration .....	13
Die 7. Deutsch-Griechische Versammlung .....	13
Kommunalpolitischer Preis der Carl und Anneliese Goerdeler Stiftung 2018 .....	14



## **I. DEUTSCHE SEKTION DES RGRE**

### **Der RGRE trauert um Dr. Gerhard Gebauer**

Die Deutsche Sektion des RGRE trauert um ihren ehemaligen langjährigen Präsidenten, Dr. Gerhard Gebauer, der im Alter von 90 Jahren am 3. Juni 2017 verstorben ist.

Der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Villingen-Schwenningen war von 1985 bis 1995 Präsident und von 1995 bis Ende 2009 Vizepräsident der Deutschen Sektion des RGRE. Seit 1996 stand er dem Deutsch-Polnischen Ausschuss für viele Jahre als Präsident vor.

Dr. Gebauer war als überzeugter Europäer und v.a. großer Förderer der kommunalen Europaarbeit bekannt.

Er setzte sich jahrzehntelang für den Ausbau der Beziehungen der deutschen Gemeinden mit den Kommunen anderer europäischer Staaten ein. Auf europäischer Ebene vertrat er die deutschen Kommunen zunächst im 1988 eingesetzten Beirat der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Europäischen Gemeinschaft und ab 1994 im Ausschuss der Regionen.

Seit 1995 war Dr. Gebauer auch Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages.

Die Deutsche Sektion verliert mit Dr. Gerhard Gebauer einen langjährigen Weggefährten und Mitstreiter. Der RGRE ist ihm in großer Dankbarkeit verbunden und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

### **Wechsel an der Verbandsspitze: Helmut Dedy wird neuer Generalsekretär**

Bei der Sitzung des Präsidiums der deutschen Sektion des RGRE am 26. April 2017 in Berlin ist der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, einstimmig für zwei Jahre zum neuen Generalsekretär gewählt worden.

Seit der Satzungsänderung im Jahre 2009 wechselt die Position des Generalsekretärs des RGRE alle zwei Jahre zwischen den Hauptgeschäftsführern der drei kommunalen Spitzenverbände. Helmut Dedy kam 2012 als Ständiger Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers und Finanzdezernent zum Deutschen Städtetag. Dedy übernahm die Leitung der Deutschen Sektion des RGRE zum 1. Mai 2017.

### **Kommunale Forderung an die zukünftige Kohäsionspolitik der EU**

Die Arbeitsgruppe ‚Zukunft der Kohäsionspolitik‘ der EU- und Förderreferenten in der Deutschen Sektion des RGRE hat ein Positionspapier mit „Kommunalen Forderungen für die zukünftige Kohäsionspolitik der EU“ erarbeitet.

Das Papier wurde Ende April 2017 vom Präsidium des RGRE in Berlin verabschiedet.

Insgesamt stellt die Deutsche Sektion des RGRE zehn Forderungen an die EU: Neben der Entbürokratisierung, sollen die Finanzinstrumente in Darlehensform nicht als Alternative zu den Fördermitteln angesehen werden. In der nächsten Förderperiode sei zudem auch die Definition der strukturmittelgeförderten Projekte als beihilfekonform wichtig, während eine stärkere Einbindung der Kommunen bei der Entwicklung von Förderindikatoren ebenfalls gewünscht sei.



Daneben beinhaltet das Positionspapier auch drei Kernforderungen, die der RGRG, im Hinblick auf die zukünftige Kohäsionspolitik, an den Bund adressiert: Der RGRG erwarte, dass der Bund bei den Verhandlungen über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen, die Kohäsions- und Strukturpolitik weiterführt, sodass eine ausreichende Finanzierung gewährleistet ist.

Die gezielte Forderung nach einer Vereinfachung bzw. nach einer verhältnismäßigen Ausgestaltung der Förderverfahren, durch das sich die Kohäsionspolitik künftig kennzeichnen sollte, ist ein wesentlicher Bestandteil des Papiers.

Das RGRG-Positionspapier ist unter folgendem Link abrufbar:

[http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/PoPa\\_RGRE\\_Zukunft\\_Kohaesion\\_gebilligt.pdf](http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/PoPa_RGRE_Zukunft_Kohaesion_gebilligt.pdf)

### **Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union**

Geleitet von der Überzeugung, dass der tiefere Kern der EU-Krise ein Vertrauensverlust in die Problemlösungsfähigkeit der EU ist, hat sich die Deutsche Sektion des RGRG in einer Erklärung zur Zukunft der EU geäußert.

Im Beschluss des RGRG-Präsidiums vom 26./27. April 2017 wird der Bürgernähe nach wie vor eine zentrale Rolle beigemessen: „Bürgernähe ist eine Voraussetzung dafür, dass die Menschen den europäischen Integrationsprozess verstehen und unterstützen.“ Das Positionspapier konzentriert sich daher in den seinen Gliederungspunkten auf Aspekte, die in besonderer Weise geeignet sind, die EU bürgernäher und handlungsfähiger zu gestalten und damit das Vertrauen in die EU wiederherzustellen. Ein weiterer Punkt in der Erklärung ist die Forderung nach einer wirksamen Gewährleistung der Subsidiarität. Nur durch die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, d.h. durch die Beschränkung der EU auf das im europäischen Handlungsrahmen Notwendige, könne man eine bürgernahe Union aufbauen und die verlorengegangene Zustimmung zurückgewinnen.

Die Fortführung des intensiven Dialogs zwischen den EU-Institutionen und den Kommunen sei zur Erfassung der unterschiedlichen Ausprägung der kommunalen Selbstverwaltung in den Mitgliedsstaaten unabdingbar.

Die Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union kann hier abgerufen werden:

[http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/PoPa\\_RGRE\\_Zukunft\\_Europa\\_gebilligt.pdf](http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/PoPa_RGRE_Zukunft_Europa_gebilligt.pdf)

### **Erklärung zur Situation in der Türkei**

Berichte über Amtsenthebungen und Verhaftungen zahlreicher Kommunalpolitiker/innen in der Türkei und die Einsetzung von „Staatskommissaren“ in den betroffenen Kommunen, sind Anlass einer RGRG-Erklärung zur gegenwärtigen Situation im Land.

Das Präsidium der Deutschen Sektion des RGRG fordert in der am 27.04.2017 verabschiedeten Erklärung die türkische Regierung auf, die Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Demokratie zu achten.



In seiner Erklärung verweist der RGRE auf die rund 100 deutsch-türkischen kommunalen Partnerschaften, die von den Entwicklungen in der Türkei ebenfalls betroffen sind, die aber gleichzeitig auch eine gute Basis für den deutsch-türkischen Dialog auf kommunaler Ebene in der jetzigen Situation sind.

Die Erklärung zur Situation in der Türkei ist unter folgendem Link abrufbar:

[http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/Erkl%C3%A4rung\\_T%C3%BCrkei\\_verabschiedete\\_Version.pdf](http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/Erkl%C3%A4rung_T%C3%BCrkei_verabschiedete_Version.pdf)

## II. EUROPÄISCHER RGRE (CEMR)

### Positionspapier zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik

Der europäische RGRE (Council of European Municipalities and Regions/CEMR) verlangt in seinem Positionspapier zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik einige grundsätzliche Veränderungen. Das CEMR-Positionspapier, das vom Europäischen Hauptausschuss am 12./13. Juni 2017 verabschiedet wurde, unterbreitet einige Vorschläge, die von kommunaler Seite so empfundene Defizite in der aktuellen Programmperiode für die Zukunft abstellen sollen.

Ganz oben auf der „Mängelliste“ steht dabei das Partnerschaftsprinzip, dem in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden muss. Hierzu, so der CEMR, ist es erforderlich, das Partnerschaftsprinzip zu einem verbindlichen Teil der Verordnungen zur Kohäsionspolitik und dessen Anwendung zu einem Bestandteil der ex-ante Konditionalität zu machen.

Für die bisherigen fünf Europäischen Struktur- und Investitionsfonds schlägt der CEMR ein einziges Dokument und ein einheitliches Regelwerk vor, um Überlappungen und Lücken zu vermeiden. Die Fonds sollten für die Nutzer im Sinne eines „one-stop-shop“ nutzbar sein.

Die thematischen Ziele bzw. die Investitionsprioritäten sollten sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Kommunen ausrichten und nicht einheitlich von der EU vorgegeben werden. Der CEMR hat zwar Verständnis für eine gewisse thematische Konzentration durch die EU, aber die Wahl der konkreten thematischen Ziele und die Investitionsprioritäten sollten stärker an den konkreten Bedürfnissen vor Ort ausgerichtet sein.

Das vollständige Positionspapier liegt in englischer Sprache vor und kann hier abgerufen werden:

[http://ccre.org/img/uploads/piecesjointe/filename/CEMR\\_position\\_paper\\_future\\_of\\_cohesion\\_policy\\_EN.pdf](http://ccre.org/img/uploads/piecesjointe/filename/CEMR_position_paper_future_of_cohesion_policy_EN.pdf)

## III. EUROPÄISCHE UNION

### Das Europäische Kulturerbejahr 2018

Unter dem Motto „SHARING HERITAGE“ hat die Europäische Kommission das Jahr 2018 zum Europäischen Jahr des Kulturerbes ausgerufen.



Bei der Förderung eines gemeinsamen Bewusstseins für Geschichte und Identität spielt das europäische kulturelle Erbe eine entscheidende Rolle. Daher soll das Gemeinschaftliche und Verbindende in den Fokus rücken. Ziel sei es insbesondere Kinder und Jugendliche aktiv an das kulturelle Erbe Europas heranzuführen und eine Bereitschaft zu seiner Bewahrung zu wecken.

In Deutschland wird die Durchführung des Europäischen Kulturerbejahrs 2018 von der Geschäftsstelle des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz (DNK) in Abstimmung mit Bund, Ländern und Kommunen sowie öffentlichen und privaten Trägern koordiniert.

Weitere Informationen zur deutschen Beteiligung am Europäischen Kulturerbejahr 2018 sind unter nachstehendem Link abrufbar:

[http://www.dnk.de/site\\_de/index.php?node\\_id=2519](http://www.dnk.de/site_de/index.php?node_id=2519)

### **Vermittlung der Kohäsionspolitik – Forderung nach mehr Transparenz für Bürger**

Im Rahmen der Sitzung des Europäischen Rates am 25. April 2017 in Luxemburg, haben die Staats- und Regierungschefs darüber beraten wie sie die Ergebnisse der Kohäsionspolitik ihren Bürger/innen effektiver vermitteln bzw. die Transparenz dieser Schlüsselpolitik der EU erhöhen können.

In den Beratungsergebnissen zur Sitzung heißt es, der Europäische Rat sei sich dessen bewusst, dass „weitere Anstrengungen der Mitgliedsstaaten und der Kommission notwendig sind, um die Sichtbarkeit und das positive Bild der Kohäsionspolitik“ zu verbessern. In diesem Zusammenhang werden die Mitgliedsstaaten aufgerufen ihren Bürger/innen Vorteile zu vermitteln, die ihnen Europa bietet.

Des Weiteren sprach sich der Europäische Rat für eine Vereinfachung der Kohäsionspolitik nach 2020 aus: Diese sollte sich insbesondere auf die „für die Verwaltung und Durchführung dieser Politik zuständigen Stellen“ ausrichten.

Die Beratungsergebnisse des Europäischen Rates sind unter folgendem Link einsehbar:

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8463-2017-INIT/de/pdf>

### **Estlands erste EU-Ratspräsidentschaft**

Die Republik Estland übernimmt ab dem 1. Juli 2017 für sechs Monate den Vorsitz im Ministerrat der EU. Seit Jahresbeginn hatte Malta, der kleinste EU-Mitgliedsstaat, den Vorsitz im Rat inne.

Die ursprünglich für Anfang 2018 vorgesehen Ratspräsidentschaft Estlands wurde um ein halbes Jahr vorgezogen, da zuvor Großbritannien verkündete, seinen für das zweite Halbjahr 2017 vorgesehenen Ratsvorsitz auf Grund der bevorstehenden Verhandlungen über den Austritt aus der Union nicht wahrnehmen zu wollen.

Für Estland ist es die erste Ratspräsidentschaft seit seinem EU-Beitritt im Jahr 2004. Unter dem Motto „Einigkeit durch Gleichgewicht“ sollen vier thematische Prioritäten behandelt werden:



„offene und innovative Wirtschaft“, „ein sicheres und geschütztes Europa“, Digitalisierung und „ein inklusives und nachhaltiges Europa“.

Der baltische Staat, mit einer Gesamtbevölkerung von 1,3 Mio. Einwohnern, gilt unionsweit als Vorreiter beim Thema Digitalisierung und Organisation des Datenschutzes. Eine Ummeldung, Beantragung eines neuen Ausweises oder Anmeldung einer Firma ist in Estland digital beziehungsweise online möglich. Damit Europa mit dem technischen Fortschritt mithält und weiterhin wettbewerbsfähig bleibt, werden somit die Schwerpunkte der estnischen Ratspräsidentschaft die „grenzüberschreitenden digitalen Dienstleistungen“ sowie der „Aufbau des grenzüberschreitenden digitalen Handels“ sein.

Die Förderung der Zusammenarbeit mit den Ländern der 2009 ins Leben gerufenen „östlichen Partnerschaft“ steht ebenfalls im Fokus der Ratspräsidentschaft Estlands. Als Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik sollen Länder wie die Ukraine oder Georgien unterstützt und stärker an die EU herangeführt werden. Auf dem für November 2017 angesetzten Gipfel soll die Notwendigkeit weiterer Reformen und dauerhafte Stabilität in den betroffenen Ländern besprochen werden.

Die Website der estnischen Ratspräsidentschaft kann hier abgerufen werden:  
<https://www.eu2017.ee/>

## IV. KOMMUNALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

### **Initiative Kommunales Know-how für Nahost**

Das Online-Portal der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt [www.initiative-nahost.de](http://www.initiative-nahost.de) informiert seit Oktober 2016 über die Initiative „Kommunales Know-How für Nahost“, berichtet über Aktuelles aus der Region und unterstützt die Vermittlung von kommunalen Projektpartnern. Zudem ermöglicht es den internetbasierten Austausch zwischen kommunalen Akteuren sowie die bedarfsgerechte Beratung interessierter Kommunen und kommunaler Unternehmen durch Engagement Global / SKEW und *Connective Cities*.

Das Online Portal ist nun für interessierte Partnerkommunen aus dem internationalen Bereich auch in den Sprachen Englisch, Arabisch und Türkisch verfügbar:

Englisch: [www.initiative-middle-east.com/en/](http://www.initiative-middle-east.com/en/)

Arabisch: [www.initiative-middle-east.com/ar/](http://www.initiative-middle-east.com/ar/)

Türkisch: [www.initiative-middle-east.com/tr/](http://www.initiative-middle-east.com/tr/)

Die fremdsprachlichen Seiten wurden analog zur deutschen Website aufgebaut und bieten alle Informationen und Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme. Dadurch können sich Partner vor Ort noch besser über Möglichkeiten des Engagements, Hintergründe und Angebote der Initiative informieren.



## V. VERÖFFENTLICHUNGEN / ÖFFENTLICHE KONSULTATIONEN

### Literaturempfehlung

**Hilpold, Peter** [Hrsg.]: Europa im Umbruch. Beiheft 1/2017. Europarecht, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 2017.

### Zeitschriftenspiegel

Fundstelle	Ausgabe	Autor/in	Titel des Artikels
Kommunalpolitische Blätter	05/2017		Länder müssen besser für ihre Kommunen sorgen.
Kommunalpolitische Blätter	05/2017		In starken Kommunen entsteht Zusammenhalt.
Die öffentliche Verwaltung	11/2017 S. 464 ff.	Schuelken	„Im Angesichts des ‚Brexits‘: Die EU zwischen Beharren und Wandel“.
Europa Kommunal	03/2017 S. 3f.	Leitermann	Der Countdown für den Brexit läuft. Verhandlungen der EU und Großbritannien über den EU-Austritt.
Europa Kommunal	03/2017 S. 6f.	Brok	Die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellen. Die Austrittsverhandlungen aus Sicht des Europäischen Parlaments.

## VI. PARTNERSCHAFTSARBEIT

### Partnerschaftsgesuche

... aus Palästina

### Dura

Dura liegt ca. 11 km südwestlich von Hebron. In der Gemeinde leben ungefähr 40.000 Menschen. In der palästinensischen Kommune gibt es zahlreiche historische und archäologische Stätte.

Die landwirtschaftlichen Produkte, u.a. Tomaten, Gurken, Spinat und Oliven, sind die wichtigste Einnahmequelle von Dura. An den Schulen in Dura wird neben Arabisch auch Englisch und Französisch gelehrt. Des Weiteren verfügt die Gemeinde über einen Partnerschaftsverein- bzw. Ausschuss.

Dura wünscht sich im Rahmen der Partnerschaft mit einer deutschen Kommune eine Kooperation im kulturellen Bereich, in der Abfallwirtschaft und im Energiebereich.





## **Al-Khader**

Die palästinensische Gemeinde, Al-Khader, zählt rund 13.000 Einwohner und liegt ca. 4km westlich von Bethlehem auf einer Höhe von 839m.

Al-Khader hat mit 35% der gesamten wirtschaftlichen Aktivität eine starke landwirtschaftliche Ausprägung: Die 1981 ins Leben gerufene Landwirtschaftsgesellschaft hat die Aufgabe die Interessen der regionalen Landwirte wahrzunehmen und diese in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Ein Schwerpunkt der Kooperation zwischen Al-Khader und einer deutschen Kommune könnte im Bereich der Jugendbegegnung, bei Projekten zum Kapazitätenaufbau und in der Entwicklung der Altstadt liegen.

## **Al Zababdeh**

In Al Zababdeh leben circa 5.000 Menschen und zusätzlich rund 1.500 Studenten und Angestellte der Arabisch-Amerikanischen Universität ([www.aauj.edu](http://www.aauj.edu)), die sich im 15 km entfernt liegenden Jenin befindet.

Die Arabisch-Amerikanische-Universität gilt als wichtiger Faktor für das wirtschaftliche Wachstum der Gemeinde. In einigen Privatschulen wird neben Französisch und Hebräisch auch Deutsch gelehrt.

Umgeben von Olivenhainhügeln betreiben die Einwohner hauptsächlich Landwirtschaft und bauen u.a Kichererbsen und Weizen an. Was den Überblick über die Freizeitangebote angeht, so findet einmal jährlich im Stadtgarten ein Kultur- und Kunstfestival statt und zusätzlich existiert eine regionale Tanzschule, in der man den orientalischen Folkloretanz *Dabka*, der in diversen Ländern des Nahen Osten getanzt wird, einstudieren kann.

Bekannt ist Al Zababdeh insbesondere für das friedliche Zusammenleben von Christen und Muslimen, die etwa die Hälfte der Einwohner ausmachen. Im Ort selbst befindet sich vier Kirchen und zwei Moscheen.

Al Zababdeh unterhält bereits eine kommunale Partnerschaft zum belgischen Ixelles und möchte gerne mit einer deutschen Gemeinde insbesondere im Bereich des Jugendaustausches, konkret bei der Aus- und Fortbildung der Jugendlichen und im Rahmen eines Schüleraustausches, kooperieren.

## **Jericho**

Die Palmenstadt Jericho ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert.

Jericho liegt in den Palästinensischen Autonomiegebieten und ist mit ihrer Lage von 250 Meter unter dem Meeresspiegel die tiefstgelegene Stadt der Welt.

Im Osten ist sie circa vier Kilometer von der jordanischen Grenze entfernt und rund acht Kilometer südlich liegt das Tote Meer. Die heutige Einwohnerzahl Jerichos beträgt etwa 23.700. Erste Siedlungsspuren gehen in das 10. Jahrtausend v. Chr. zurück, weswegen Jericho als die



vermutlich ältestes Stadt der Welt gilt. Unweit von Jericho liegt der heutige Ruinenhügel *Tell es-Sultan*, eine archäologische Grabungsstätte und die älteste Siedlung.

Im Neuen Testament ist Jericho mehrfach erwähnt und hat somit einen besonderen christlichen Stellenwert.

Jericho möchte mit einer deutschen Kommune in den Bereichen der Bürgerbeteiligung, Landwirtschaft, Tourismus und Industrie kooperieren.

### **Aizaria**

Von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) erreichte uns eine Partnerschaftsanfrage der palästinensischen Gemeinde Aizaria, auch unter dem biblischen Ortsnamen Bethanien bekannt, die am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert ist.

Aizaria ist drei Kilometer von Jerusalem entfernt und liegt am südöstlichen Hang des Ölbergs. Zu den bedeutendsten Sehenswürdigkeiten der Gemeinde zählt insbesondere das Grabmal des Lazarus, welches Pilger aus aller Welt anzieht. Neben der besonderen religiösen Bedeutung, ist die palästinensische Gemeinde im Westjordanland auch für ihre historische Handelsstraße bekannt. Die Stadt zählt circa 30.000 Einwohner und ist neben Jerusalem und Bethlehem eine heilige Stätte in der Region.

Aizaria unterhält bereits eine kommunale Partnerschaft zum französischen Nanterre und zur belgischen Gemeinde San Jose und möchte gerne mit einer deutschen Kommune in den Bereichen Jugendaustausch, wirtschaftliche und soziale Beteiligung von Frauen und lokale Wirtschaftsförderung kooperieren.

### **Al-Bireh**

Eine Partnerschaftsanfrage der palästinensischen Gemeinde Al-Bireh ist uns von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) übermittelt worden.

Der Ortsname al-Bireh bedeutet auf arabisch „Brunnen“ und deutet auf die zahlreichen Wasserquellen rund um die Stadt hin. Ein Wasserbrunnen ist auch im Stadtwappen abgebildet.

Die Stadt liegt circa 15 km nördlich von Jerusalem: dank ihrer günstigen geographischen Lage, befand sich einst die Hauptstraße, die Nablus und Jerusalem miteinander verband, in der Gemeinde. Mit rund 80.000 Einwohnern ist Al-Bireh die größte Stadt im Gouvernement Ramalla/Al-Bireh und wird somit als „Herz des Westjordanlands“ bezeichnet.

Eine große Anzahl von wichtigen politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, nationalen Ministerien und auch Botschaften (die Vertretungsbüros Österreichs und der Schweiz) befinden sich in Al-Bireh. Weitere Informationen über Al-Bireh sind unter nachstehendem Link abrufbar: [www.al-bireh.org](http://www.al-bireh.org)

Die palästinensische Gemeinde wünscht sich im Rahmen der Partnerschaft mit einer deutschen Kommune, einen kommunalen Erfahrungsaustausch im Bereich der Umwelt, insbesondere der Abfall- und Abwasserwirtschaft. Des Weiteren soll die Kooperation auf den Themen der Stadtplanung und des kulturellen Austausches stattfinden.



... aus der Ukraine

## **Mariupol**

Die ostukrainische Hafenstadt Mariupol hat ihr Interesse am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune bekundet. Mariupol zählt mit circa 480.000 Einwohnern zu den Großstädten der Ukraine und befindet sich in der Oblast Donezk.

Gelegen am Asowschen Meer, verfügt die Stadt über einen internationalen Tiefseehafen. Dank der günstigen geographischen Lage, gehört Mariupol zu den wichtigsten Hafen- und Industriezentren und ist somit ein bedeutendes Wirtschaftszentrum der Ukraine. Der regionale wirtschaftliche Schwerpunkt der Stadt liegt auf der Metallurgie. Die zwei hier angesiedelten metallurgischen Werke tragen einen entscheidenden Anteil zur Exportfähigkeit des gesamten Landes bei. Die Hafenstadt ist, trotz des überwiegend industriellen Profils, auch für ihre zahlreichen Sandstrände und generell als Erholungs- und Kurort bekannt. Somit ist Mariupol ein Anziehungspunkt für viele Touristen.

Die Zusammensetzung der Stadtbevölkerung ist von verschiedenen Völkern und Kulturen geprägt. Neben Ukrainern und Russen, leben auch Griechen, Weißrussen, Armenier und Bulgaren in Mariupol. Die Stadt war historisch eines der wichtigsten Zentren der Griechen in der Ukraine, die bis heute eine wichtige Minderheit darstellen. An den Schulen wird deshalb neben ukrainisch und russisch, auch griechisch, deutsch und englisch gelehrt. Neben zahlreichen orthodoxen Kirchen befindet sich auch eine im Jahr 2007 eröffnete Moschee in der Stadt.

Mariupol ist bereits mit Gemeinden in Italien, Griechenland, Türkei und Polen verbunden und möchte gerne mit einer deutschen Kommune im Bereich der Bildung und Wissenschaft, Kultur, Sport, lokale Wirtschaftsentwicklung und nachhaltigen Entwicklung kooperieren.

## **Tschortkiw**

Von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) erreichte uns ein kommunales Partnerschaftsgesuch der westukrainischen Stadt Tschortkiw (auch Chortkiv). Tschortkiw liegt südlich der Bezirkshauptstadt Ternopil, die im Zuge des zweiten Weltkrieges völlig zerstört wurde und seinen Verwaltungssitz an Tschortkiw verlegte.

Heute leben in der westukrainischen Stadt circa 30.000 Menschen unterschiedlicher Herkunft. Die kulturelle und religiöse Vielfalt ist durch die unterschiedlichen historischen Einflüsse in der Region entstanden. Tschortkiw blickt somit auf eine reichhaltige Geschichte zurück und gehörte unter anderem zum Königreich Polen, Osmanischen Reich, zur Österreichischen Monarchie, bevor es Teil der Sowjetunion wurde. In der Vergangenheit war Tschortkiw die Heimatstadt zahlreicher chassidischer Juden. Die chassidische Synagoge der Stadt wurde, nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg, wiederaufgebaut und ist heute ein geschütztes Kulturdenkmal. Auch die Dominikaner Kirche (römisch-katholische Pfarrkirche St. Stanislaus), die 1610 errichtet wurde, gehört als Wahrzeichen der Stadt ebenfalls zum Kulturerbe. An den Schulen wird neben Englisch auch Deutsch gelehrt.



Die westukrainische Stadt unterhält bereits eine kommunale Partnerschaft zu Gemeinden in Polen und möchte gerne mit einer deutschen Kommune u.a. in den Bereichen der Wirtschaft, Kultur, Bildung, Wissenschaft, Tourismus, Sport und Umweltschutz kooperieren.

### **Wynnyky**

Die ukrainische Stadt Wynnyky möchte eine Partnerschaft mit einer deutschen Kommune eingehen.

Wynnyky, auch unter dem polnischen und deutschen Namen *Winniki* bzw. *Weinbergen* bekannt, liegt wenige Kilometer östlich der Stadt Lemberg und gehört dieser verwaltungstechnisch an. Insgesamt leben heute circa 20.000 Einwohner in Wynnyky.

Die ukrainische Stadt wurde erstmals 1352 urkundlich erwähnt und gehörte vom 14. Jahrhundert bis zur ersten Teilung Polens 1772 der Woiwodschaft Ruthenien an. Da der Traubenanbau und die Weinherstellung zur Haupteinnahmequelle der Bewohner gehörten, sind auf dem Stadtemblem Weintrauben abgebildet. Ab 1772 kam Wynnyky unter österreichische Herrschaft und wurde ein Zentrum der Produktion von Tabak – ein Wirtschaftszweig, der bis heute die wichtigste Einnahmequelle darstellt. Am Anfang des 20. Jahrhunderts war das Stadtbild hauptsächlich von Polen, Ukrainern und Deutschen geprägt, deren Zusammensetzung die reichhaltige und abwechslungsreiche Stadtgeschichte repräsentiert. Das 1990 gegründete Museum für Geschichte und Landeskunde besitzt zahlreiche Exponate, einige aus dem 14. Jahrhundert, und zählt zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Stadt.

Wynnyky unterhält bereits eine Partnerschaft zu Städten in Polen und Tschechien.

Die ukrainische Gemeinde möchte gerne mit einer deutschen Kommune u.a. in den Bereichen des Jugendaustausches, Umweltschutzes und des Wiederaufbaus des historischen und kulturellen Erbes kooperieren.

*Kommunen, die sich für eine Partnerschaft interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Tel: 0221/3771-315, Frau Nina Sehovic (E-Mail: [nina.sehovic@staedtetag.de](mailto:nina.sehovic@staedtetag.de)).*

## **VII. VERANSTALTUNGEN/WETTBEWERBE/SONSTIGES**

### **Young Europeans Award 2017/2018**

Mehrere Organisationen aus Deutschland, Frankreich und Polen rufen junge Europäer zur Teilnahme am Young Europeans Award auf. Das Ziel des trilateralen Wettbewerbs ist es, die Jugendlichen anzuregen, ihre Ansichten über Europa zu reflektieren und sich stärker in den europäischen Prozess einzubinden.

Zur Teilnahme aufgerufen sind Jugendliche unter 21 Jahren, die mit Freunden, Mitschülern oder Vereinskollegen aus Deutschland, Frankreich und Polen ein Gemeinschaftsprojekt zum Thema *"To be or not to be... a European?"* entwerfen. Auch Jugendliche aus dem Gastland des Pro-



grammjahres 2017/2018, dem Vereinigten Königreich, können in das Projektteam integriert werden.

Die Thematik und Darstellungsform des Projektes sind frei wählbar und können sowohl politische, kulturelle und gesellschaftliche Aspekte der Fragestellung aufgreifen.

Die Teams können ab sofort ihr Gemeinschaftsprojekt bis zum **1. März 2018** unter der Webseite des Young Europeans Awards [www.young-europeans-award.org/de](http://www.young-europeans-award.org/de) einreichen. Zu gewinnen gibt es eine mehrtägige Reise in die polnische Hauptstadt Warschau, in der auch die offizielle Preisverleihung im Herbst 2018 stattfinden wird.

Die Ansprechpartnerin für eventuelle Rückfragen ist Frau Anna Fudala, Projektbeauftragte Young Europeans Award beim Deutsch-Französischen Jugendwerk: E-Mail: [Fudala@dfjw.org](mailto:Fudala@dfjw.org); Telefon: +49 (0) 30 288 757 73.

### **Deutsch-Französisches Institut: Studie „Europa der Städte - Realität und Potential“**

In einer gemeinsamen Untersuchung gehen die Bertelsmann Stiftung und das Deutsch-Französische Institut (DFI) der Frage nach, wie die deutsch-französischen kommunalen Partnerschaften organisiert sind, wen sie mit ihren Austauschmaßnahmen erreichen und welchen Nutzen die Städte selbst und die Bürger/innen in der Partnerschaft sehen.

Die Studie zielt darauf ab, die Erfolgsfaktoren der aktiven und erfolgreichen Städtepartnerschaft zu erkennen und Empfehlungen für eine bessere Nutzung des Potentials städtischer Zusammenarbeit in Europa zu entwickeln.

Alle registrierten deutsch-französischen Partnerkommunen sind zur Teilnahme aufgerufen. Erste Ergebnisse der Untersuchung werden Ende 2017 erwartet.

Bei Interesse, wenden Sie sich bitte an Frau Dr. Eileen Keller, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutsch-Französischen Institut: +49 (0)7141-9303-10, [keller@dfi.de](mailto:keller@dfi.de).

### **Städtepartnerkonferenz „Polen und Deutschland - Gemeinsam für ein starkes Europa“**

Die Hansestadt Rostock organisiert in Kooperation mit dem Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit e.V. (IPZ) vom **7. – 9. August 2017** eine europäische Städtepartnerschaftskonferenz mit einem besonderen deutsch-polnischen Blickwinkel.

Die Veranstaltung findet im Rathaus der Hansestadt Rostock statt. Die Konferenzsprachen sind Deutsch und Polnisch (mit Simultanübersetzung).

Für Rückfragen zur Anmeldung wenden Sie sich bitte an Frau Angelika Scheffler, Internationale Beziehungen/ EU-Office der Hansestadt Rostock: E-Mail: [angelika.scheffler@rostock.de](mailto:angelika.scheffler@rostock.de); Telefon: 0381 381 - 14 21.



## **Deutsch-Russisches Jahr der kommunalen und regionalen Partnerschaften 2017/2018**

Mit einer Städtepartnerkonferenz vom **28. - 30. Juni 2017** im südrussischen Krasnodar ist das deutsch-russische Jahr der kommunalen und regionalen Partnerschaften 2017/2018 in Anwesenheit der Außenminister der Russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland offiziell eröffnet worden.

Das Jahr soll insbesondere dazu dienen, die vielfältigen bestehenden Partnerschaften zwischen Deutschland und Russland, die es auf kommunaler und regionaler Ebene gibt, in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und somit einer gesellschaftlichen Entfremdung entgegenzuwirken.

Damit die Sichtbarkeit der bereits bestehenden kommunalen Partnerschaften zwischen Russland und Deutschland erhöht wird, erstellt das Deutsch-Russische Forum (DRF) derzeit eine Internetseite, auf der diejenigen geplanten Projekte und Veranstaltungen aufgelistet werden sollen, die im Rahmen des Kreuzjahres 2017/2018 durchgeführt werden. Kommunen, die Aktivitäten im Rahmen ihrer Partnerschaft zu einer russischen Gemeinde für die Jahre 2017 und 2018 planen, werden gebeten diese per nachstehendem Rückmeldebogen an das DRF, an Frau Jelena Puljic, Projektkoordinatorin beim Deutsch-Russischen Forum: Tel.: 030 / 26 39 07-17, E-Mail: [puljic@deutsch-russisches-forum.de](mailto:puljic@deutsch-russisches-forum.de), zu melden: <http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/termine/Fragebogen.pdf>

## **Deutsch-Französische Jahrestagung zum Thema Migration und Integration**

Vom **30. November** bis zum **1. Dezember 2017** findet im Rautenstrauch-Joest-Museum in Köln die deutsch-französische Jahrestagung statt, die die Deutsche Sektion gemeinsam mit der Französischen Sektion des RGRE organisiert und für die die Stadt Köln Gastgeber ist.

Das Ziel der Jahrestagung ist der Austausch, die Weiterentwicklung sowie die Kooperation zwischen den deutschen und französischen Kommunen im Integrationsbereich. Sie knüpft damit an die Empfehlungen des von der saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und dem französischen Außenminister Jean-Marc Ayrault im April 2016 vorgelegten Berichts „Förderung der Integration in unseren Gesellschaften“ an, in dem den Kommunen zu diesem Thema eine besondere Rolle im deutsch-französischen Dialog zugesprochen wird.

## **Die 7. Deutsch-Griechische Versammlung**

Vom 9. – 11. November 2017 findet in Sindelfingen die siebte Jahreskonferenz der Deutsch-Griechische Versammlung (DGV) statt. Die Konferenz beginnt am Abend des 9. November 2017 mit einem COME TOGETHER. Am 10. und 11. November 2017 arbeiten deutsche und griechische Kommunalpolitiker, Vertreter aus der Wirtschafts und Zivilgesellschaft im bewährten Format.

Weitere Informationen sind unter nachstehendem Link abrufbar: <http://www.grde.eu/>



## **Kommunalpolitischer Preis der Carl und Anneliese Goerdeler Stiftung 2018**

Herausragende Arbeiten im Bereich kommunale Verwaltung und Kommunalpolitik werden im Rahmen des kommunalpolitischen Preises der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung ausgezeichnet. Dabei soll die Auszeichnung der völkerverbindenden friedlichen Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften in Europa dienen und ein gegenseitiges Lernen zum Nutzen der Einwohner fördern. Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas ist Mitglied eines Konsortiums zur Vergabe des Preises.

2018 steht der kommunalpolitische Preis der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung unter dem Motto „Europäische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene“ und will kommunale Kooperationsprojekte würdigen, die einen Bezug zur Stärkung der europäischen Idee leisten. Die Zusammenarbeit soll mit Hilfe des Projektes nachweisbare Auswirkungen u.a. bei der Stärkung der Demokratie, der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung sowie Förderung der europäischen Integration erzielt haben.

Die Bewerbungen sind per E-Mail oder postalisch an den Vorsitzenden der Jury, Prof. Dr. Gerhard Hammerschmid zu senden: [hammerschmid@hertie-school.org](mailto:hammerschmid@hertie-school.org) bzw. Prof. Dr. Gerhard Hammerschmid, Hertie School of Governance, Friedrichstr. 180, 10119 Berlin.

**Wichtiger Hinweis:** Antragsstellungen werden bis zum **15. August 2017** entgegengenommen.

Weitere Details zum kommunalpolitischen Preis der Carl und Annelies Goerdeler Stiftung 2018 sind unter nachstehendem Link einsehbar:

[http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/rs\\_20\\_04\\_17\\_rgremi\\_preis\\_ausschreibung2018.pdf](http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/rs_20_04_17_rgremi_preis_ausschreibung2018.pdf)